



Statement von Detlev von Larcher, Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis, zum Treffen der G-20-Finanzminister am 6./7. November 2009 und der Petition zur Finanztransaktionssteuer

Attac sieht mit großer Befriedigung dass seine Gründungsforderung, die Finanztransaktionssteuer (FTT), heute in aller Munde ist, bis hin zu Bundespräsident Köhler. Die Krise macht's möglich: Was lange als Fantasterei abgetan wurde, wird nun von vielen Politikerinnen und Politikern vertreten. Dennoch braucht es zur Durchsetzung dieser Steuer eine breite Unterstützung. Denn die mächtige Finanzindustrie sträubt sich vehement gegen jeden Abfluss aus dem auf den Finanzmärkten riesig angeschwollenen Finanzstrom – und sei dieser Abfluss auch noch so klein. Dabei ist die Schrumpfung der Finanzmärkte eine Voraussetzung, die Krisenhaftigkeit der Weltwirtschaft ein klein wenig ungefährlicher zu machen.

Die in der Finanzkrise ungeheuer angewachsene Staatsverschuldung in den USA, Großbritannien und in den Ländern der Euro-Zone wird ohne eine solche Steuer der breiten Bevölkerung aufgebürdet werden, während sich die Profiteure der liberalisierten Finanzmärkte ins Fäustchen lachen. Die Kosten der Krise von weltweit ungefähr 3,5 Billionen US-Dollar möchten die Profiteure gern auf uns alle abwälzen, während sie sich über ihre unverschämte hohen Gewinne freuen. Das darf ihnen nicht gelingen. Sonst wird das Totschlagargument einsichtig, der Staat habe kein Geld und müsse deshalb verstärkt auf Privatisierungen und Einsparungen zu Lasten von Beschäftigten und Empfängern von Transferleistungen setzen.

Eine Transaktionssteuer ist angesichts der Entwicklung auf den Finanzmärkten gerecht, kann ökonomisch und ökologisch schädlichem Verhalten entgegensteuern und zur Bekämpfung von Spekulation, Kapitalflucht, Geldwäsche und Umweltzerstörung dienen.

Mit einer derartigen Regulierung der Finanzströme würden nationale Regierungen wie internationale Organisationen zudem das global agierende Kapital ein gutes Stück weit wieder unter Kontrolle bekommen. Inter- oder transnationale Organisationen wären mit einem derartigen Steueraufkommen wieder handlungsfähig, und es könnten die meisten Weltprobleme, wie Ernährung, Trinkwasser, Aids wirksam angegangen werden.

Die Einführung der FTT beugt Finanzkrisen und Währungsattacken vor und sorgt so dafür, dass die Realwirtschaft ihre Produktion besser planen und durchführen kann. Zudem streicht heute die Finanzwirtschaft einen überproportionalen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung als Gewinn ein. Auch diese Ausnutzung struktureller Macht würde durch eine FTT beendet werden.

Weyhe in Niedersachsen, 6. November 2009